



Deutschlands Globales Engagement



Impressum

Herausgeber:
Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30/50 00-0
Fax: +49 (0) 30/50 00-34 02
Internet: www.auswaertiges-amt.de
E-Mail: poststelle@auswaertiges-amt.de

Fotos:
dpa, UN Photo, Federal Foreign Office

Gestaltung:
Atelier Hauer + Dörfler, Berlin

Druck:
Bonifatius GmbH, Paderborn

Deutschland und die Vereinten Nationen	4
Deutschland und der Sicherheitsrat	6
Deutschlands Beitrag zur Arbeit der VN	8
Friedenseinsätze	9
Krisenprävention und regionale Integration	14
Menschenrechte und Völkerrecht	15
Humanitäre Unterstützung und entwicklungsorientierte Katastrophenhilfe	17
Millenniumsagenda zu wirtschaftlichen, entwicklungs- und umweltpolitischen Themen	19
Finanzielle Beiträge	24
Bekämpfung des Terrorismus und des organisierten Verbrechens	25
Rüstungskontrolle	26
Gleichberechtigung von Mann und Frau	27
Interkultureller Dialog und interkulturelle Zusammenarbeit ..	29
Die Vereinten Nationen in Deutschland	30

Deutschland und die Vereinten Nationen



Deutschlands Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen ist ein zentraler Bestandteil deutscher Friedens-, Sicherheits- und Menschenrechtspolitik. Deutschland unterstützt aktiv die Arbeit der Welt-

organisation in allen ihren Aspekten. Seit seinem Beitritt zu den VN im Jahr 1973 engagiert sich Deutschland mit stetig steigender Tendenz im System der Vereinten Nationen. Es fördert die Arbeit der VN auf dem Gebiet der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, der Konfliktverhütung, der Abrüstung und des Verbots von Massenvernichtungswaffen. Seit 1991 haben über 200.000 Bundeswehrsoldaten sowie 5000 Polizeibeamte und an internationalen Friedenseinsätzen teilgenommen.

Deutschland engagiert sich ferner in der Entwicklungszusammenarbeit. Im 21. Jahrhundert leiden mehr Menschen als je zuvor an Ressourcenmangel. Die Millenniumsagenda der Vereinten Nationen bildet den Rahmen, innerhalb dessen Deutschland sich für die Verbesserung der Lage der Entwicklungsländer überall auf der Welt einsetzt. Deutschland unterstützt aktiv die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele wie z. B. die Halbierung der Zahl der Armen weltweit, den Stopp der Ausbreitung von HIV/AIDS und die Grundbildung für alle Menschen bis zum Jahr 2015.

Die Stärkung des Völkerrechts, die Verteidigung der Menschenrechte und der Schutz der globalen Umwelt sind weitere zentrale Elemente der deutschen VN-Politik. Während der Amtszeit von Generalsekretär Kofi Annan übernahm Deutschland verstärkt internationale Aufgaben und internationale Verantwortung.

Als der neue Generalsekretär Ban Ki-moon Berlin besuchte, sicherten ihm sowohl Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier Deutschlands fortgesetzte Unterstützung für die Vereinten Nationen zu.

Deutschland und der Sicherheitsrat



Der Sicherheitsrat trägt die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Deutschland hat den Sicherheitsrat stets in seinen Bemühungen unterstützt, die

Welt von heute sicherer zu machen. Um einen noch größeren Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen leisten zu können, denen sich der Sicherheitsrat am Anfang des 21. Jahrhunderts gegenüber sieht, hat Deutschland seine Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat für den Zeitraum 2011/2012 angekündigt. Die Wahlen werden auf der Tagung der Generalversammlung im Herbst 2010 stattfinden. Bisher ist Deutschland von den Mitgliedern der Vereinten Nationen viermal mit einem nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat betraut worden, nämlich 1977/78, 1987/88, 1995/96 und 2003/2004. Deutschland hofft, dass seine Kandidatur Unterstützung findet, damit es einmal mehr Verantwortung in diesem herausragenden Gremium übernehmen kann.

Während seiner letzten Mitgliedschaft im Zeitraum 2003/2004 war Deutschland maßgeblich an Entscheidungen des Rates im Einklang mit dem Völkerrecht beteiligt. Es setzte sich für ein umsichtiges, auf Vorbeugung und Krisennachsorge abzielendes Herangehen an Konfliktlösungen ein. Deutschland hat sich auch stets um die Verbesserung der Transparenz des Sicherheitsrats und die Erweiterung des Spielraums für die Beteiligung aller VN-Mitglieder an der Arbeit des Rates eingesetzt. Unter deutscher Präsidentschaft nahm der Sicherheitsrat die Resolution 1540 an, die darauf abzielt, nichtstaatliche Akteure daran zu hindern, Massenvernichtungswaffen zu erwerben.

Die Reform des Sicherheitsrats insgesamt - einschließlich seiner Erweiterung - bleibt ein langfristiges Ziel deutscher Außenpolitik. Deutschlands Bemühungen, im Einklang mit Brasilien, Indien und Japan eine umfassende Reform in Gang zu setzen, die den Rat sowohl erweitern als auch repräsentativer machen und seine Arbeitsweise im Sinne größerer Transparenz verbessern würde, sind wohlbekannt. Deutschland ist unverändert der Überzeugung, dass eine Reform der Vereinten Nationen ohne eine Reform des Sicherheitsrats unvollständig wäre, und ist weiterhin bereit, zusammen mit Partnern aus unterschiedlichen Regionen, darunter auch Afrika, durch eine ständige Mitgliedschaft mehr Verantwortung zu übernehmen.



Deutschlands Beitrag zur Arbeit der Vereinten Nationen

Friedenseinsätze

Deutschland gehört zu den wichtigsten Truppenstellern der von den VN geführten und autorisierten Friedenseinsätze. Mehr als 9.000 deutsche Soldaten und etwa 230 Polizeibeamte dienen in VN-geführten oder -autorisierten Friedenseinsätzen, darunter knapp 1.200 in sogenannten "Blauhelm"-Einsätzen der VN (Stand: Anfang 2007). Deutschland steht an 20. Stelle der Länder, die militärisches Personal und Polizeibeamte für friedenserhaltende Maßnahmen der VN bereitstellen.

Angehörige der Bundeswehr und der deutschen Polizei nehmen gegenwärtig an elf Friedenseinsätzen teil. Deutschlands Engagement konzentriert sich auf den Balkan, Afghanistan und Libanon. Darüber hinaus sind deutsche Militärbeobachter, Stabsoffiziere und Polizeiexperten in friedenserhaltenden Einsätzen der VN in Sudan, Georgien, Liberia und entlang der Grenze zwischen ÄthiOopien und Eritrea eingesetzt.

Die Demokratische Republik Kongo

Während der Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo im Jahr 2006 waren etwa 750 deutsche Soldaten im Rahmen der EU-Friedensoperation in der Demokratischen Republik Kongo (EUFOR RD Congo) im Einsatz. Deutschland stellte auch das Hauptquartier der Operation in Potsdam. EUFOR RD Congo wurde auf Ersuchen des VN-Sekretariats und der Regierung der Demokratischen Republik Kongo entsandt. Ihr vom Sicherheitsrat erteiltes Mandat sah die vorübergehende Unterstützung der VN-Friedensmission MONUC während der kritischen Phase der Wahlen vor.





Libanon

Die Sicherheitsratsresolution 1701 beendete die Kämpfe des Sommers 2006 und erweiterte Mandat und Umfang der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon (UNIFIL). Deutschland übernahm das Kommando über den Marineverband der UNIFIL und hat derzeit mehr als 1.000 Soldaten im Einsatz, die vor der libanesischen Küste patrouillieren, um der libanesischen Marine dabei zu helfen, Waffenschmuggel zu verhindern.

Kosovo, Bosnien und Herzegowina

Deutschland ist unverändert einer der größten Truppensteller für die vom VN-Sicherheitsrat autorisierten NATO-Operationen. Im Kosovo dienen etwa 2.900 deutsche Soldaten im Rahmen der KFOR-Mission (Stand: Anfang 2007). Darüber hinaus sind etwa 180 Polizeibeamte im Rahmen der VN-Mission im Kosovo (UNMIK) im Einsatz, die von dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs Joachim Rucker geführt wird. In Bosnien und Herzegowina dienen rund 850 Soldaten der Bundeswehr in der EU-Friedensmission EUFOR Althea. Im Jahr 2006 wurde Christian Schwarz-Schilling zum Hohen Beauftragten für Bosnien und Herzegowina und EU-Sonderbeauftragten ernannt.

Afghanistan

Eine der Prioritäten des deutschen Engagements in den Vereinten Nationen ist Afghanistan, wo Deutschland eine prominente Rolle bei der Unterstützung des Wiederaufbaus spielt. Im Jahr 2001 richtete Deutschland die internationale Konferenz aus, die den sogenannten Bonn-Prozess in Gang setzte, eine Blaupause für den Aufbau eines demokratischen, unabhängigen und friedlichen Afghanistans, der von allen wichtigen Kräften des Landes mitgetragen wurde. Der Bonn-Prozess wurde erfolgreich umgesetzt und mit den Wahlen zum Parlament und den Provinzräten im September 2005 abgeschlossen. Deutschland hat außerdem eine Reihe von Folgekonferenzen veranstaltet und war maßgeblich an der Erarbeitung von Sicherheitsratsresolutionen zu Afghanistan beteiligt. Es formuliert und koordiniert regelmäßig die Resolution der Generalversammlung zu Afghanistan, die auf der 61. Tagung von über 130 Staaten gemeinsam eingebracht wurde.

Zusammen mit den Vereinigten Staaten, der EU, dem Vereinigten Königreich und Japan leistet Deutschland einen der größten Beiträge zu den internationalen Wiederaufbaubemühungen in Afghanistan. Seit 2001 hat Deutschland insgesamt etwa 485 Millionen Euro aufgewendet, darunter auch für humanitäre Unterstützung. Darüber hinaus hat Deutschland weitere 400 Millionen Euro für die Jahre 2006 bis 2010 zugesagt.



Deutschland ist mit bis zu 3.000 Soldaten der drittgrößte Truppensteller der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF). Im Juni 2006 übernahm es das regionale Kommando über die Nordprovinzen und richtete in der Stadt Mazar-i-Sharif das Regionalkommando Nord ein. In Kunduz und Feyzabad sind ferner zwei deutsche regionale Wiederaufbauteams (PRT) im Einsatz, die sich aus Diplomaten, Polizeiausbildern, Aufbauhelfern und Soldaten zusammensetzen. Deutschland führt ferner die vorgeschobene Unterstützungsbasis der Region Nord und stellt eine Hubschrauberluftbrücke sowie medizinische Unterstützung in den nördlichen Operationsgebieten zur Verfügung.

Deutschland unterstützt aktiv die Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) bei deren Bemühungen um die Umsetzung des Afghanistan Compact. Der Leiter der UNAMA, der Deutsche Tom Koenigs, ist seit 2006 Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs für Afghanistan.

Als "Schlüsselpartner" beim Aufbau der neuen afghanischen Polizei hat Deutschland etwa 40 Polizeibeamte zur Ausbildung afghanischer Polizisten entsandt.

Zivilpolizei

Der Aufbau örtlicher ziviler Polizeikräfte, ein Gebiet, auf dem Deutschland über besonderen Sachverstand verfügt, ist ein wichtiger Aspekt von VN-Missionen.

Anfang 2007 waren ca. 230 Polizeibeamte (sowohl Männer als auch Frauen) im Rahmen von VN-geführten oder VN-mandatierten Missionen einschließlich EU-Missionen sowie von deutschen bilateralen Polizeiprojekten in Afghanistan und in den Vereinigten Arabischen Emiraten (Ausbildung irakischer Polizeibeamter) im Einsatz. Dies macht Deutschland zu einem der führenden Entsendestaaten von zivilen Polizeibeamten im Rahmen von friedenserhaltenden Maßnahmen.

Beiträge zur Friedenskonsolidierung

Um Staaten nach einem Konflikt bei der Schaffung dauerhafter Stabilität zu unterstützen, ist es von entscheidender Bedeutung, den Übergang von friedenschaffenden zu Wiederaufbaumaßnahmen zu unterstützen.



Deutschland gehört zu den Gründungsmitgliedern der neuen VN-Kommission für Friedenskonsolidierung, die im Dezember 2005 vom Sicherheitsrat und der Generalversammlung der Vereinten Nationen eingesetzt wurde. Die Kommission wird von der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung gestellte Ressourcen koordinieren, integrierte Strategien für die Friedenskonsolidierung und den Wiederaufbau vorschlagen und beratend begleiten, Akzente in den Bereichen Wiederaufbau, Schaffung von Institutionen und nachhaltige Entwicklung in Ländern setzen, die soeben einen Konflikt überwunden haben, und die Koordinierung aller einschlägigen Akteure verbessern.

Krisenprävention und regionale Integration

Mit ihrem Aktionsplan "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" bekräftigte die Bundesregierung im Jahr 2004 ihre Entschlossenheit, deutsche Beiträge zu Frieden, Sicherheit und Entwicklung auf das Ziel der Prävention auszurichten, insbesondere in Transformations- und Entwicklungsländern. Eine verbesserte und breiter angelegte Prävention soll die Gefahr des Ausbruchs von Krisen verringern und so insbesondere die Notwendigkeit militärischer Reaktionen reduzieren. Nach Maßgabe des Aktionsplans stehen deutsche Ressourcen vor Ort in erster Linie für Friedensoperationen unter internationaler Ägide zur Verfügung. Um deutsches Zivilpersonal

für Friedensoperationen und Wahlbeobachtermissionen zu rekrutieren und auszubilden, gründete die Bundesregierung im Jahr 2002 das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF). Darüber hinaus stellt Deutschland erhebliche Finanzmittel für die Krisenprävention sowie für friedenskonsolidierende Maßnahmen und Projekte zur Verfügung. Sie unterstützt ferner Regionalorganisationen, insbesondere in Afrika, beim Aufbau geeigneter friedensschaffender und friedenskonsolidierender Kapazitäten, unter anderem durch das Internationale Kofi-Annan-Zentrum für Friedensausbildung in Accra, Ghana.

Menschenrechte und Völkerrecht

Menschenrechte

Deutschland ist Vertragspartei aller wichtigen Menschenrechtspakte und -übereinkünfte. Es war seit 1979 ununterbrochen Mitglied der ehemaligen VN-Menschenrechtskommission und wurde im Jahr 2006 für drei Jahre in den neu gegründeten VN-Menschenrechtsrat gewählt. Deutschland war ebenfalls maßgeblich an der Schaffung des Amtes des Hohen Kommissars für Menschenrechte im Jahr 1993 beteiligt. Zusammen mit seinen EU-Partnern bringt es sich aktiv in Schlüsselthemen wie die Bekämpfung der Folter und die Abschaffung der Todesstrafe ein. Dank seines nachdrücklichen Einsatzes für die Rechte von Frauen und Kindern und seiner Bemühungen, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (einschließlich des Rechts auf Nahrung) mit konkretem Inhalt zu füllen, hat sich Deutschland ein klares Profil in diesem Bereich erarbeitet.

Die Achtung der Menschenrechte zu fördern ist ein wichtiges Anliegen deutscher Entwicklungspolitik. Um seine Aktivitäten in diesem Bereich stärker auf die Menschenrechte auszurichten, verabschiedete Deutschland im Jahr 2004 einen Aktionsplan, der 17 konkrete, bis Ende 2007 umzusetzende Maßnahmen enthält. Der Aktionsplan wird 2008 aktualisiert und um weitere drei Jahre verlängert werden.

Deutschland arbeitet auf eine Hebung der Arbeits- und Sozialstandards hin. Es gehört mit knapp 10% zu den größten Beitragszahlern zum Haushalt der Internationalen Arbeitsorganisation.





Völkerrecht

Die Stärkung des Völkerrechts gehört zu den wichtigsten außenpolitischen Prioritäten Deutschlands. Daher hat es sich von Anfang an mit Nachdruck für die Schaffung und die Arbeit des in Den Haag ansässigen Internationalen Strafgerichtshofs eingesetzt.

Deutschland ist inzwischen der größte Beitragszahler des Gerichtshofs: Im Jahr 2006 betrug sein Anteil an dessen Haushalt 17,2% oder 17 Millionen \$ (knapp 14 Millionen €). Außerdem hat sich Deutschland für die Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) und des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda (ICTR) eingesetzt.

Mit Hamburg stellt Deutschland außerdem den Sitz des Internationalen Seegerichtshofs.

Humanitäre Unterstützung und entwicklungsorientierte Katastrophenhilfe

Deutschland war mit einem Gesamtvolumen von 259 Millionen € im Jahr 2005 einer der größten Geber auf dem Gebiet der humanitären Unterstützung; dies schließt seine freiwilligen Beiträge zum Amt des Hohen Kommissars für Flüchtlinge, dem Büro für die Koordinierung der humanitären Angelegenheiten, dem Internationalen Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten und dem Welternährungsprogramm ein. Deutschland unterstützt gegenwärtig humanitäre Hilfsprojekte in rund 80 Ländern.

Afrika bleibt der Schwerpunkt der deutschen humanitären Hilfe. Im Gefolge der Krise in Darfur brauchen zahllose Binnenvertriebene und Flüchtlinge sowohl in Sudan als auch in Tschad dringend Hilfe. Auch nach dem Ende des Bürgerkriegs hat sich die humanitäre Lage in der Demokratischen Republik Kongo nicht wesentlich verbessert, während in Niger eine Hungersnot humanitäre Soforthilfe erforderlich gemacht hat. Uganda und die Staaten am Horn von Afrika haben ebenfalls Hilfe in erheblichem Umfang erhalten. Deutschland hat dazu beigetragen, das durch ein Erdbeben im Oktober 2005 verursachte Leid in Pakistan zu lindern. Es hat sich außerdem bemüht, die Not der Menschen in Afghanistan, Nordkorea und den palästinensischen Gebieten zu lindern. Nach der Tsunamikatastrophe von 2004 haben sowohl die Bundesregierung als auch die deutschen Bürgerinnen und Bürger einen beeindruckenden Beweis ihrer Entschlossenheit geliefert,



alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um das Schicksal der Opfer zu erleichtern.

Deutschland stellt den betroffenen Ländern in den Jahren 2005-2009 Aufbauhilfe im Umfang von 500 Millionen € zur Verfügung. Zahlreiche Wiederaufbauprojekte sind bereits erfolgreich durchgeführt worden. Auch die deutsche Öffentlichkeit hat sich ungewöhnlich hilfsbereit gezeigt, so dass 670 Millionen € an Spendengeldern meist an nichtstaatliche Organisationen geflossen sind, die den Opfern helfen. Dies entspricht ungefähr einem Siebtel des weltweiten Spendenaufkommens. Um die Verluste durch Naturkatastrophen und damit zusammenhängende technische und Umweltkatastrophen zu verringern, unterstützte Deutschland außerdem verschiedene Initiativen im Bereich der Katastrophenvorbeugung, so z. B. die Plattform zur Förderung von Frühwarnung und die Internationale Strategie zur Katastrophenvorsorge.

Die Vereinten Nationen sind und bleiben ein zentraler Partner für die deutsche humanitäre Hilfe, da sie in der Lage sind, Projekte direkt durchzuführen und eine herausragende koordinierende Rolle zu spielen.

Humanitäres Minenräumen

Durch seine bilaterale Hilfe in Verbindung mit den Finanzmitteln, die es der Europäischen Kommission in diesem Bereich zur Verfügung stellt, ist Deutschland der viertgrößte Beitragszahler auf dem Gebiet des humanitären Minenräumens. Im Jahr 2006 wurden 39 Projekte in 20 verschiedenen Ländern unterstützt.



Millenniumsagenda zu wirtschaftlichen, entwicklungs- und umweltpolitischen Themen

Deutschland betrachtet die Millenniums-Entwicklungsziele als Schlüsselprogramm für die Förderung der internationalen Partnerschaft auf dem Gebiet nachhaltiger Entwicklung unter dem Dach der VN. Zur Verwirklichung dieser Ziele leistet Deutschland eine Reihe von wichtigen Beiträgen.

Verringerung der Armut: die Zahl der Menschen, die unter Hunger und extremer Armut leiden, bis 2015 um die Hälfte senken

Als Beitrag zur Umsetzung der in der Millenniumserklärung und den Millenniums-Entwicklungszielen enthaltenen Verpflichtungen verabschiedete die Bundesregierung im Jahr 2001 das Aktionsprogramm 2015, um zur Halbierung der Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, beizutragen. Im Rahmen dieses Programms finanziert Deutschland Aktivitäten, mit denen Partnerländern dabei geholfen werden soll, gut funktionierende und effiziente Institutionen aufzubauen, da dies ein Schlüsselfaktor für wirtschaftliches Wachstum und Investitionen ist. Landwirtschaft und Ernährungssicherheit spielen ebenfalls eine wichtige Rolle im Rahmen einer Wachstumsstrategie, die auf einen echten Zugewinn für alle Teile der Bevölkerung abzielt. Aus diesem Grund unterstützt Deutschland Landreformprogramme, sofern sie mit rechtsstaatlichen Mitteln durchgeführt werden.



Finanzierung für Entwicklung

Die Entwicklungszusammenarbeit bleibt ein zentraler Aspekt des deutschen internationalen Engagements und ist fester Bestandteil des Bekenntnisses der Bundesregierung zu Frieden und aktiver Partnerschaft. Die Entwicklungszusammenarbeit zielt darauf ab, Armut zu bekämpfen, den Frieden zu festigen und sicherzustellen, dass die Globalisierung gerechtere Formen für alle Menschen annimmt.

Deutschland ist der fünftgrößte bilaterale Geber (nach den USA, Japan, Frankreich und dem Vereinigten Königreich). Im Jahr 2005 stieg das Volumen der öffentlichen Entwicklungshilfe um etwa 2,4 Mrd \$ auf über 9,9 Mrd \$ (ca. 0,35% des BIP gegenüber 0,28% im Jahr 2004); dies entspricht einem Anteil von 10% an der öffentlichen Entwicklungshilfe insgesamt.

Deutschland bleibt dem Ziel verpflichtet, gemeinsam mit der EU einen Prozentsatz von 0,7% zu erreichen, und wird sich bemühen, bis zum Jahr 2010 durch eine Kombination von Maßnahmen wie der Aufstockung von Haushaltsmitteln, weiterer Schuldenerleichterung und innovativen Instrumenten das Zwischenziel von 0,51% zu erreichen.

Als Mitglied der so genannten Lula-Gruppe (zu der auch Frankreich, Chile, Brasilien, Spanien, Algerien und Südafrika gehören) nimmt Deutschland aktiv an Gesprächen über die Entwicklung innovativer Finanzierungsmechanismen teil, die zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele beitragen sollen.

Multilaterales Engagement – Internationale Wirtschafts- und Finanzpolitik

Deutschland drängt auf einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Entwicklungsagenda, die es auch Entwicklungsländern ermöglichen wird, sich stärker am Welthandel zu beteiligen.

Deutschland ist der zweitgrößte Beitragszahler der Welthandelsorganisation (WTO); im Jahr 2005 betrug der deutsche Beitrag zum Gesamthaushalt der Organisation 8,870%. Deutschland unterstützt auch die Initiative "Alles außer Waffen" der EU, um den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) Zugang zu ihren Märkten zu gewähren.

Schuldenerleichterung für hoch verschuldete, arme Länder

Deutschland gab den entscheidenden Anstoß zur Schaffung dieses Instruments, mit dem hoch verschuldeten armen Entwicklungsländern eine verbesserte Schuldenerleichterung gewährt wird. Deutschland selbst hat im Rahmen der Initiative bisher Mittel im Gesamtvolumen von 3,1 Mrd € für die bilaterale Schuldenerleichterung zur Verfügung gestellt. Sollten alle zugangsberechtigten Länder die HIPC-Initiative erfolgreich durchlaufen, wird dieser Betrag voraussichtlich auf 7 Mrd € steigen. Der deutsche Beitrag zur multilateralen Schuldenerlassinitiative wird auf ca. 4 Mrd € steigen.



Bildung: gewährleisten, dass alle Kinder eine Grundschulausbildung abschließen

Deutschland plant, seine bilateralen Finanzmittel für Grundbildungsprogramme von 93 Millionen \$ im Jahr 2002 auf 156 Millionen \$ im Jahr 2007 zu erhöhen.

Die Kindersterblichkeit senken, die Gesundheit der Mütter verbessern und Infektionskrankheiten bekämpfen

Bilaterale und multilaterale Finanzierung der HIV/AIDS-Bekämpfung: Deutschland ist einer der führenden Geber in diesem Bereich und trägt jährlich schätzungsweise 300 Millionen \$ über bilaterale und multilaterale Kanäle zu solchen Programmen bei.

Die Ausbreitung von Epidemien und Infektionskrankheiten ist mit und neben Armut und Hunger eines der größten Entwicklungshindernisse. Daher ist die Rolle der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von ausschlaggebender Bedeutung. Deutschland ist drittgrößter Beitragszahler zum regulären Haushalt der WHO. Außerdem stellt Deutschland Finanzmittel für UNAIDS und den Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria bereit (Zusage für die Jahre 2002-2007: 300 Millionen \$).



Eine nachhaltige Umwelt gewährleisten

Deutschland betrachtet den Umweltschutz als wichtigen und unverzichtbaren Bestandteil seiner Außenpolitik. Es ist offensichtlich, dass Umweltschäden nicht an nationalen Grenzen Halt machen. Phänomene wie der Klimawandel, das Ozonloch, das Verschwinden von Tier- und Pflanzenarten, die Verschmutzung der Meere, die Ausbreitung von Wüsten und die Zerstörung von Wäldern haben allesamt globale Auswirkungen. Umweltschutz ist daher eine der größten Herausforderungen für die Völkergemeinschaft. Deutschland bringt sich aktiv in die Aushandlung und Umsetzung internationaler Übereinkünfte in diesem Bereich sowie die Vorbereitung von Konferenzen ein, die auf weitere Fortschritte im Umweltschutz abzielen.

Deutschland spielt von jeher eine führende Rolle bei der Verbesserung internationaler Strukturen des Umweltmanagements und unterstützt die Initiative der Europäischen Union zur Schaffung einer Umweltorganisation der Vereinten Nationen (UNEO). Nach Großbritannien ist Deutschland der zweitgrößte Beitragszahler zum Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), dessen Exekutivdirektor seit 2006 der Deutsche Achim Steiner ist.

Deutschland spielt außerdem eine führende Rolle in der Gestaltung der Klimaschutzpolitik und in den Verhandlungen über das Kyoto-Protokoll. Es ist der drittgrößte Beitragszahler zum Kernhaushalt des Klimarahmenübereinkommens und zweitgrößter Beitragszahler zum Treuhandfonds für die Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz (Mittelzusagen im Umfang von 1,3 Mrd \$ über fünf Jahre, Schaffung einer Energiefazität mit einem Haushalt von über 650 Millionen \$).



Deutschland bekennt sich zu dem Ziel, den alarmierenden Rückgang der Artenvielfalt bis 2010 aufzuhalten. Die nächste Konferenz der Vertragsstaaten des Übereinkommens über die biologische Vielfalt findet im Mai 2008 in Bonn statt. Auf dieser Konferenz wird Deutschland seine Aufmerksamkeit auf den Schutz der Waldökosysteme und geschützte Meeresgebiete richten. Deutschland ist mit Beiträgen von insgesamt 350 Millionen € zu Wassersektorprojekten in 27 Schwerpunktländern, davon 10 in Afrika, drittgrößter Geber in diesem Bereich. Aufgrund des Klimawandels wird in einigen Gegenden immer weniger Wasser zur Verfügung stehen.

Die Anpassung an den Klimawandel wird immer wichtiger, insbesondere in Entwicklungsländern. Deutschland plädiert daher dafür, den Anpassungsfonds des VN-Klimarahmenübereinkommens arbeitsfähig zu machen. Weitere den Wassersektor und den Klimawandel betreffende Projekte werden durch die Globale Umweltfazilität finanziert, deren drittgrößter Beitragszahler Deutschland gegenwärtig ist.

Das geschärfte umweltpolitische Profil Deutschlands wird durch seine Rolle als Sitzstaat der Sekretariate dreier wichtiger VN-Umweltübereinkünfte – des VN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen, des Übereinkommens zur Erhaltung wandernder wild lebender Tierarten und des Übereinkommens zur Bekämpfung der Wüstenbildung – dokumentiert. All diese Sekretariate sind in der VN-Stadt Bonn ansässig, dem früheren Sitz der Bundesregierung.

Finanzielle Beiträge

Deutschland kommt für fast 9% des regulären Haushalts der Vereinten Nationen auf (2006: 147,8 Millionen \$) und ist damit der drittgrößte Beitragszahler der Weltorganisation. Es ist auch der drittgrößte Beitragszahler der meisten Sonderorganisationen wie z. B. der Weltgesundheitsorganisation und der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur; ferner steht es an zweiter Stelle der finanziellen Geber der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung.

Die freiwilligen deutschen Beiträge zu den Fonds und Programmen der Vereinten Nationen wie z. B. zum Umweltprogramm, dem Entwicklungsprogramm und verschiedenen von der

Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) verwalteten Programmen beliefen sich im Jahr 2005 auf ca. 400 Millionen \$.

Deutschland ist drittgrößter Beitragszahler der VN-geführten friedenserhaltenden Einsätze und brachte im Jahr 2005 Mittel im Gesamtumfang von 400 Millionen \$ für den entsprechenden Haushalt der Vereinten Nationen auf.

Bekämpfung von Terrorismus, Drogen und organisiertem Verbrechen

Deutschland unterstützt auch weiterhin die Bemühungen des Sechsten Ausschusses der Generalversammlung um die Ausarbeitung eines umfassenden Übereinkommens zum internationalen Terrorismus. Es spielte eine aktive Rolle bei der Annahme des Übereinkommens zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen im Jahr 2005. Deutschland hat alle weiteren 12 VN-Übereinkünfte gegen den Terrorismus ratifiziert.



Etwa 300 Angehörige der Bundesmarine, des Sanitätskorps und der Spezialkräfte der Bundeswehr dienen derzeit im Rahmen der von den VN mandatierten Operation "Enduring Freedom", die sich dem weltweiten Kampf gegen den Terrorismus verschrieben hat.

Deutschland hat die VN-Übereinkünfte von 1961, 1971 und 1988 zur Bekämpfung der illegalen Herstellung von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen und des Handels mit diesen Substanzen ratifiziert. Deutschland ist außerdem Vertragspartei des VN-Übereinkommens gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und hat das Übereinkommen gegen Korruption unterzeichnet. Bereits seit Jahren ist Deutschland einer der wichtigsten Geber des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung.

Rüstungskontrolle

Deutschland engagiert sich in einem breiten Spektrum von Abrüstungs- und Rüstungskontrollaktivitäten im Rahmen der Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und anderer multilateraler Organisationen.

Es hat das Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können, ratifiziert. Das Übereinkommen wird durch fünf Pro-

tokolle ergänzt und hat zum Ziel, Zivilisten vor den Folgen des Einsatzes von Waffen in kriegerischen Konflikten zu schützen.

Deutschland hat sich mit Nachdruck für das Übereinkommen von Ottawa über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung engagiert und ist ihm umgehend beigetreten. Deutschland ist Mitglied der Gruppe interessierter Staaten, einer losen Vereinigung von Ländern, denen es darum zu tun ist, Fortschritte bei der praktischen Umsetzung von Abrüstungsmaßnahmen sowie die Kontrolle und Reduzierung von Klein- und Leichtwaffen zu fördern. Die Einrichtung des VN-Waffenregisters und des standardisierten Berichtssystems der Vereinten Nationen über Militärausgaben geht ebenfalls auf deutsche Initiativen zur Stärkung der Transparenz zurück.

Gleichberechtigung von Mann und Frau

Deutschland setzt sich für die Gleichberechtigung von Mann und Frau als Querschnittsaufgabe ein. Eine Gleichstellungsperspektive muss in alle Politiken und Programme der Vereinten Nationen einfließen. Daher umfassen alle diesbezüglichen Beiträge Deutschlands im Rahmen der VN ein breites Spektrum von Maßnahmen auf dem Gebiet der Menschenrechte, der Krisenprävention, der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland unterstützt die uneingeschränkte Umsetzung





der Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats. Dies ist die erste jemals vom Sicherheitsrat verabschiedete Resolution, die sich speziell dem Beitrag von Frauen zur Friedensschaffung und -konsolidierung widmet.

Deutschland betrachtet die Gleichberechtigung der Geschlechter auch als einen Schlüssel zur Bekämpfung der globalen Armut. Aus diesem Grund unterstützt Deutschland Bemühungen zur Einbeziehung von Programmen zur Stärkung der Rechte von Frauen in nationale Entwicklungspläne. Mehr als 100.000 Frauen und Kinder in Afghanistan sind beispielsweise schon in den Genuss von Alphabetisierungskursen und Kursen über richtige Ernährung sowie von Ausbildungs- und Bildungsmaßnahmen verschiedenster Art gekommen und haben von Maßnahmen der Gesundheitsfürsorge und der Schaffung von Einkommen profitiert, die mit deutscher Unterstützung finanziert wurden. Deutschland leistet ferner freiwillige Beiträge in Höhe von 1 Millionen \$ pro Jahr zum Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM). Darüber hinaus hat Deutschland in den Jahren 2005 und 2006 im Rahmen seiner entwicklungspolitischen Zusammenarbeit den Arabischen Regionalen Treuhandfonds für die Stärkung der Rechte von Frauen, der von UNIFEM umgesetzt wird, unterstützt.

Interkultureller Dialog und interkulturelle Zusammenarbeit

Der Beitrag zum interkulturellen Dialog stellt ein entscheidendes Element deutscher Außenpolitik dar. Deutschland legt großen Wert auf internationale und multilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation im Sinne der UNESCO, der für diese Themen zuständigen Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Deutschland ist mit 22 Millionen \$ (2005) der drittgrößte UNESCO-Beitragszahler nach den Vereinigten Staaten und Japan. Es stellt zusätzliche Mittel für Aktivitäten auf den Gebieten Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation durch freiwillige Beiträge zur Verfügung und ist Mitglied der Internationalen Studienzentrale für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut in Rom. Seit der Gründung des UNESCO-Instituts für Bildung im Jahr 1954, das vor kurzem in UNESCO-Institut für Lebenslanges Lernen umbenannt wurde, hat Deutschland dem in Hamburg ansässigen Institut rund 35 Millionen \$ an Fördermitteln zukommen lassen. Deutschland unterstützt außerdem die Arbeit des der UNESCO angegliederten Internationalen Zentrums für Berufsbildung, das in Bonn ansässig ist.

Die VN in Deutschland



Mit insgesamt 19 VN-Organisationen, die in deutschen Städten entweder ihren Hauptsitz oder eine Außenstelle unterhalten, hat sich Deutschland während des letzten Jahrzehnts zu einem wichtigen VN-Sitzstaat entwickelt. Zwar war die ehemalige deutsche Hauptstadt schon vor dem 1996 mit der Ansiedlung des Freiwilligenprogramms der Vereinten Nationen in Bonn erreichten Durchbruch Sitz einiger kleinerer VN-Büros, doch inzwischen hat sie sich zur Stadt der Vereinten Nationen in Deutschland gemauert. Im Sinne der Politik der Bundesregierung, Bonn zu einem Zentrum für internationale und multilaterale Organisationen auszubauen, beherbergt die Stadt inzwischen 13 VN-Büros, darunter das Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, das Sekretariat des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung und das Sekretariat des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Erhaltung der wandernden wild lebenden Tierarten.

Heute arbeiten etwa 600 Menschen für die in Bonn ansässigen Organisationen, Programme und Büros der Vereinten Nationen. Sie nehmen zwar sehr verschiedene Aufgaben wahr, aber ihnen allen ist gemeinsam, dass sie durch ihre Arbeit einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung weltweit leisten.

Am 11. Juli 2006 wurde der Bonner VN-Campus im komplett renovierten früheren Gebäude des Deutschen Bundestags vom damaligen VN-Generalsekretär Kofi Annan und Bundeskanzlerin Angela Merkel eingeweiht. Die Vereinten Nationen haben damit einen exzellenten Außenposten zur Verfügung, der modernste Arbeitsbedingungen bietet. Darüber hinaus werden die bestehenden Einrichtungen für internationale Konferenzen im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestags erweitert und modernisiert, indem ein weiteres Konferenzzentrum gebaut wird, das Arbeitsmöglichkeiten für bis zu 5.000 Delegierte bietet und Anfang 2009 fertig gestellt sein soll.

Weitere deutsche Städte, in denen VN-Organisationen ihren Sitz haben, sind Hamburg mit dem Internationalen Seegerichtshof und dem UNESCO-Institut für Lebenslanges Lernen, Frankfurt mit dem Büro der Internationalen Finanz-Corporation/Weltbankgruppe sowie Berlin mit Außenstellen des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, der Internationalen Arbeitsorganisation und des Welternährungsprogramms.